

Bocholter Volksblatt

Unholter Zeitung

Organ der Zentrumsparlei

Ämtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Unholt, der Aemter Rhede, Dinaden, Biedern und Berth

48. Jahrgang

Montag, 31. März 1919

Nummer 75

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 28. März. Das Preussenhaus hat es eilig. Morgen will es in die Osterferien gehen. Daher hat man sich entschlossen, die 2. und 3. Lesung des Notetats nach der Ausfertigung ohne Besprechung zu erledigen. Doch die Unschönheiten auf dem Herzen. Zunächst bringen sie ihre im Ausschuss unerfüllten Wünsche auf Erhöhung der steuerfreien Einkommen und Verneinung der Tarifsteuern der Eisenbahnen wieder vor. Dann verliest Don Quixot Dr. Rosenfeld die Erklärung, daß die Partei der Regierung keinen Plennia bewilligen werde, verbunden mit der kategorischen Abkennung an die Regierung. Der Finanzminister, der allein auf der Regierungsbank sitzt, nimmt den Redebeitrag auf, obgleich er von vornherein auslief, daß es schwer ist, mit Plennia zu diskutieren, die alsdann allein im Besitz der Mehrheit zu sein. Es folgte dann mit dem üblichen Rärm im Saale eine der nun schon latente bekannnten Auseinandersetzungen der beiden sozialistischen Parteien um die beiden Schlachtfelder: „Demokratie und Diktatur der Arbeiterklasse“. Nach diesem Zwischenfall wird der Notetat in dritter Lesung angenommen.

Berlin, 29. März.

Am Ministertisch: Braun, Seidemann, Meinel, Schmidt. Römische Anfragen über die Beschäftigung und Anstellung von Arbeitslosen und über die Lage für die Eisenbahnenverwaltung finden, sobald es die Geschäftslage gestattet, die Beratung der Anfragen.

Hebung der Landwirtschaft zur Besserung der Volksernährung

Reichsminister für das Ernährungswesen Schmidt: Wir haben versucht, einen klaren Überblick über die landlichen Verhältnisse zu erhalten, so daß wir den Arbeitern von vornherein sagen können, was sie auf dem Lande an barem Verdienst und andern Bejügen zu erwarten haben. Wir wissen schon jetzt, daß viele sich auf dem Lande günstiger stellen würden. Uebermäßige Gewinne sollen auch im landwirtschaftlichen Gewerbe nicht erzielt werden. Wir werden einen Preisabbau versuchen, aber in nächster Zeit wird sich das noch nicht durchführen lassen. Auch die Zwanagswirtschaft ist für solche landlichen Verhältnisse, bei denen der Bedarf größer ist als das Angebot, noch beizubehalten. Leider machen viele kleine Landwirte immer noch Schwierigkeiten bei der Ablieferung der für die städtische Bevölkerung erforderlichen Nahrungsmittel und lassen lieber manches Pfund Butter in den Schleichhandel gehen. Wir werden das unter keinen Umständen dulden und entsprechende Zwangsmassnahmen treffen. Mit der Kartoffelversorgung steht es leider sehr schlecht aus. Es ist zu befürchten, daß wir wochenlang keine Kartoffeln für die städtische Bevölkerung haben werden. Was jetzt aus dem Auslande an Lebensmitteln hereinkommt, soll zunächst für besondere Anwendung an die Großstadtbevölkerung benutzt werden. Der Preis, den wir dem Auslande zahlen, ist enorm hoch, trotzdem würde ich die Preise nicht erhöhen. Wir werden den Preisuntertrieb dadurch herauszuholen suchen, daß wir gutes Mehl an die Bevölkerung zu entsprechend höherem Preise abgeben. Die aus Rotterdam kommenden Waren, hauptsächlich Fett und Speck, sollen in erster Linie ins Ruhrgebiet, ferner nach Berlin, Schleien und Sachsen kommen. So lange in Dortmund Getreide wird, kann das in keine Lebensmittelzufuhr aus Amerika stattfinden. Wir haben in dem Brüsseler Abkommen die Verpflichtung eingehen müssen, mit den ausländischen Nahrungsmitteln in Preisverhältnissen liegende Bezirke nicht zu besteuern. Norwegische Heringe sind in großen Massen vorhanden, so lange uns die Entente an der Einfuhr hindert. In der Lebensmittelverteilung werden die Arbeiter eine wirksame Kontrolle ausüben, mit Hilfe der uns zugesagten Einfuhren hoffen wir,

bis zur neuen Ernte auszukommen und einige Erleichterungen gewährt zu können, sofern die Besserung durch das Ausland keine Störung erleidet.

Landwirtschaftsminister Braun: Die noch vorhandenen Düngeartikel werden wir zunächst unter die Landwirte zu verteilen suchen. Der Eisenbahnminister hat für sie eine bevorzugte Beförderung zugesagt. Die Versorgung der Landbevölkerung mit Schokolade ist durch eracnte Verteilung von 300 000 Paar Instandgehaltener Militärkuchen gefördert worden. Die Tätigkeit der Viehhändlerverbände wäre durchaus notwendig, um die Städte mit Fleisch zu versorgen. Sie haben zwar mit sehr großem Fleiß gearbeitet, aber diese erklären sich schliesslich aus der Annahmeseicherheit. Der freie Handel hätte sich kaum mit 7 Prozent begnügen können. Eine Herabsetzung auf 6 Prozent würde das Fleisch nicht um einen Pfennig für den Verbraucher verbilligen. Das landliche Fortbildungsschulwesen wird einheitlicher aufgestellt und ausgebaut werden. Ich hoffe, daß die Arbeiterverhältnisse allmählich gebessert werden und wir einen selbständigen Landarbeiterstand bekommen werden.

Die Anträge gehen an einen besonderen Ausschuss von 27 Mitgliedern.

Ein Antrag des Ausschusses für Bevölkerungsfragen auf Gewährung einer Arbeitslosenunterstützung für Frauen und auf Ausdehnung der Krankenunterstützung auf die Familien der Arbeitslosen wird einstimmig angenommen.

Der Antrag Dr. Ruer (Drm.) auf Ausdehnung des Gemeindegemeindefreies in Schleswig-Holstein auf die Magistratswahl wird angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, den 10. April.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 28. März. Nach der gestrigen politischen Aussprache beschäftigte sich die Deutsche Nationalversammlung heute mit einigen kleineren Vorlagen, unter ihnen der Gesetzentwurf für die Bildung der vorläufigen Reichsmarine, die nach dem Vorbild der Reichswehr ausgebaut werden soll. Der Reichswehrminister Noske weist kurz auf die Notwendigkeit einer Seewehr hin. Abgesehen von Einzelheiten sind alle Redner einig in der Anerkennung der Notwendigkeit des Wiederaufbaues einer deutschen Flotte. Nur der Redner der Unabhängigen macht eine Ausnahme. Seine Freunde lehnen die Vorlage ab, wie sie ja gegen alles sind, was den Wiederaufbau des Reiches fördern und sichern soll. Die Vorlage wird mit erdrückender Mehrheit angenommen.

Weimar, den 29. März.

Die Nationalversammlung erledigte heute die zweite Beratung des Nachtragssetats und des Notetats. Aus der Kommission ist bemerkenswert, daß sie die Bezüge des Reichspräsidenten, die auf 100 000 Mark monatlich festgesetzt waren, nicht gebilligt hat. Die Kommission hat vielmehr die persönlichen und sachlichen Bezüge getrennt und vorgeschlagen, dem Reichspräsidenten ein persönliches Jahresgehalt von 100 000 Mark zu geben und für die mit dem Amt verbundenen sachlichen Ausgaben jährlich 500 000 Mark. Die Regelung der Pensionsfrage soll einem besonderen Gesetz vorbehalten werden. Die Mehrheit des Ausschusses hält eine Pensionsberechtigung des Reichspräsidenten nicht für erwünscht. Reichspräsident Ebert selbst hat über diese Regelung seine Genugtuung ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß er im Februar bereits fast genau den gleichen Vorschlag gemacht habe. Diesem Beschluß stimmten die Parteien Ausnahme der Unabhängigen zu, die überhört den Reichspräsidenten für überflüssig halten.

Beim Etat des Reichsministeriums des Innern kam es zu einer sehr heftigen Debatte über die Arbeitsverhältnisse auf Flugplätzen und in Militärfabriken. Es wurde darauf hingewiesen, daß auf den Flugplätzen Arbeiter und Arbeiterinnen auf viele Soldaten mit unproduktiven Arbeiten beschäftigt würden.

statt demobilisiert zu werden. Der Zentrumsabgeordnete Erling ergänzte diese Angaben noch wesentlich durch die Mitteilung, daß bei diesen Flugplätzen jährlich 50 Millionen ausgegeben würden, weil Offiziere und Mannschaften sich mit aller Macht gegen ihre Demobilisierung wehren. Dabei seien unter ihnen gerade große Mengen von Arbeitern, wie z. B. Schreiner, die in Möbelfabriken dringend gesucht würden. Durch diese Umstände sei es möglich, daß unter den Soldatenräten sich Leute befänden, die gar nicht oder nur kurze Zeit an der Front gewesen seien, ja sogar Zivilisten. Dafür dürften die Steuergrößen des deutschen Volkes nicht verdammt werden.

Sehr wichtige Beiträge zu dieser Frage lieferte der Reichswehrminister Noske, der diese Angaben als richtig bezeichnete. Das Reich habe wirklich an dem Weiterdienen dieser Leute kein Interesse. Dabei zeigten die militärischen Arbeitsstellen, z. B. die Bekleidungsämter, einen außerordentlichen Rückgang in der Arbeitsleistung, so daß der verhältnismäßig geringe Bedarf für die Freiwilligenvereine in Privatbetrieben gedeckt werden müsse. Es gebe Bekleidungsämter, die ungenutzt den zwanzigfachen Umfang während des Krieges angenommen haben. Trotzdem verlangten die Vorkämpfer der Arbeiter, daß keine Entlassungen in diesen Betrieben vorgenommen werden dürfen, sondern daß die Sozialisierung der Betriebe und ihre Umstellung auf die Kriegswirtschaft vorgenommen werden solle. Manche Leute scheinen wirklich zu glauben, Sozialisierung bedeute einen Betrieb, der auf Kosten der Allgemeinheit mit riesigen Mitteln unterhalten worden sei, sich unmittelbar dienlich zu machen. Er teile dann weiter mit, daß die Rassen- und Munitionsfabriken ihm gedroht haben, falls die Freiwilligenverbände nicht aufgelöst würden, würden sie nicht mehr arbeiten. Er könne aber schon heute sagen, wenn solche Forderungen in aller Form an ihn herantraten, werde ihnen ganz selbstverständlich nicht entsprochen werden.

Nach weiterer längerer Aussprache, die noch ein reiches Material zu dieser Frage brachte, wurde der Etat angenommen. Das Haus vertagt sich dann bis Mittwoch, den 9. April, mit der Ermächtigung an den Präsidenten, nötigenfalls die Versammlung eher wieder zusammenzuberufen.

Die Neuordnung im Reich.

Das Gehalt für den Reichspräsidenten. Weimar, 28. März. Der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung nahm heute den vierten Nachtrag zum Reichshaushaltsplan in Beratung. Mit Bezugnahme auf die Anforderungen für den Reichspräsidenten bemerkt Ministerpräsident Scheidemann die angelegte Summe von 100 000 Mark sei willkürlich gewählt, da die Aufstellung eines zureichenden Etats im Hinblick auf die Neuheit des Amtes nicht möglich sei. Es sollten Erfahrungen gesammelt und Nachweise über Bedarf und Ausgaben gesammelt werden. Für Direktoren und Beamte werde ein Betrag von 300 000 Mark nötig sein.

Der Ausschuss einigte sich auf Vorschlag des Abgeordneten von Payer dahin, für den Reichspräsidenten ein Jahresgehalt von 100 000 Mark einzuführen, ein Betrag, wie ihn bisher der Reichskanzler bezog. Die sachlichen Ausgaben wurden vorläufig mit 500 000 Mark in Ansatz gebracht. Bei den Anforderungen für das Reichsarbeitsministerium wurde die Pensionsfrage für die nur kurz im Reichsdienst tätigen Personen besprochen, wobei Reichsminister Schiffer mitteilte, daß diese Frage bei dem in einigen Wochen zur Vorlage kommenden Entwurf eines Reichsbeamtengesetzes geregelt werden solle.

Abschluß von Regierungsbeamten. Berlin, 28. März. Wie die „Pol. Inf.“ hören, wird auch der Oberpräsident von Westpreußen von Jagow am 1. April ds. Jahres in den Ruhestand treten. Verlautet, soll als Nachfolger für den zurückgetretenen Oberpräsidenten von Westpreußen der bisherige Ministerpräsident von Preußen, Herr von Bismarck, ernannt werden.

Schöneberg Dr. Frhr. von Lüdinghausen ernannt werden. Aus dem Ministerium des Innern werden der Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Ruffner, der bisherige Personalreferent, sowie die Geh. Geh. Regierungsräte Dr. Loehs und von Schütz ausgeschieden. Der Geh. Regierungsrat von Berger hat den Nachrichtendienst im Preussischen Staatsministerium übernommen, der in dem Gebäude des Zivilkabinetts neben dem Staatsministerium untergebracht ist. Ueber die Auflösung des Zivilkabinetts ist noch kein Beschluß gefaßt.

Neuregelung des Koalitionsrechts.

Berlin, 28. März. Wie den „Pol. Inf.“ mitgeteilt wird, ist gleichzeitig mit der bevorstehenden Einbringung der Revision des Koalitionsrechts in der Nationalversammlung die Vorlegung eines Entwurfs über Neuregelung des Koalitionsrechts im neuzeitlichen Sinne, sowie über Schaffung und Ausgestaltung weiterer Tarifverträge zu erwarten. Im Entwurf über Arbeiterrecht soll das erste wirkliche Koalitionsrecht geschaffen und die Rechtsunsicherheit der Berufsvereine beseitigt werden.

Der Trennungsedank in Bayern

München, 28. März. Die Sonderbestrebungen in Schwaben zur Bildung eines Groß-Schwaben treten nunmehr mit dem Gedanken eines Anschlusses von Vorarlberg an das Schwabenland hervor. Oberbürgermeister Dr. Merkl hat hierüber ein Referat gehalten. Er führte aus, daß die Produktionsverhältnisse Vorarlbergs nicht den Anschluß an die Schweiz, sondern an Deutschland bzw. Bayern verlangen. Hiergegen haben aber die derzeitigen Zustände in Bayern bei der Bevölkerung eine gefühlsmäßige Abneigung erzeugt. Maßgebende Männer in Vorarlberg stehen daher auf dem Standpunkte, daß dieser Anschluß an Bayern ausgeschlossen sei, daß aber der Anschluß an ein neues Schwabenland die nötige Mehrheit finden würde. Sein Antrag ging dahin, den Vorarlbergern zu sagen, daß sie als Söhne des Schwabenstammes willkommen seien. Die Ministerien des Inneren in München und Berlin sollen für die Gewinnung Vorarlbergs Sorge tragen. Die größeren Gemeinden des Allgäu werden gebeten, im gleichen Sinne Schritte zu unternehmen.

Der Abbau der bayerischen Reservatrechte.

München, 28. März. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des bayerischen Landtages beriet gestern über die Sonderbesteuerung des bayerischen Bieres. Der Referent war Gegner der Aufgabe dieses Reservatrechtes. Müffe jedoch Bayern in die Biersteuergemeinschaft eintreten, so müsse das Reich eine entsprechende Ablosungssumme bezahlen. Bayern verlange eine jährliche Ablosungssumme von 100 Millionen Mark. Das Reich wolle aber nur 80 Millionen Mark bezahlen. Die Rente soll evtl. kapitalisiert — unter allen Umständen aber sichergestellt werden.

Der Bolschewismus in Ungarn.

Ofenpest, 28. März. Ungar. Korr.-Büro. Die Gesamtkorporation der Vertrauensmänner der früheren kommunistischen Partei hielt gestern Abend eine Konferenz ab, die einstimmig eine Entschliessung annahm, wonach die kommunistische Partei endgültig in der provisorisch als sozialistische Partei bezeichneten einheitlichen ungarischen Arbeiterpartei aufgeht.

Berlin, 28. März. In der Versammlung der Grobberliner Arbeiterräte verlas Richard Müller ein Telegramm der ungarischen Arbeiterpartei an die Grobberliner Arbeiterräte. Darin heißt es: „Die Diktatur des Proletariats in Ungarn fiel als eine reife Frucht in unseren Schoß. Kein Tropfen Blut wurde vergossen. Eine kapitalistische Zwangsburg stürzte nach der anderen zusammen und die Fesseln der Sklaverei sind in tausend Stücke zerfallen. Das Wirtschaftsleben geht seinen Gang. Es funktioniert schon jetzt

Besser als früher. Alles, was an geistiger und physischer Energie im Lande vorhanden ist, hat mit Hand angelegt, um das Werk zu vollenden. Produktion und Verkehr befinden sich in anderen Händen und mit den Schmarokern und Wüstern ist es zu Ende. Die Wälder sind beschlagnahmt. Sie werden teils zur gerechten Verteilung gelangen, teils als Material zum Aufbau der kommunikativen Produktion verwendet werden. Alle gesetzlichen Einschränkungen, die Brandmarkungen der ungeschlichen Ehen, die Zurückführung der unehelichen Kinder sind strengt. Lust, Licht, Reinheit, vormals ein Privileg der Bourgeoisie, ist dem proletarischen Nachwuchs erschlossen und zugänglich gemacht worden. Die Presse, die wichtigste Waffe des Kapitalismus zur Bearbeitung proletarischer Gehirne, wurde in unseren Dienst zur Erschließung einer besseren Zukunft gestellt. ...

Ungarischer Kulturkampf.

Budapest, 28. März. Ungar. Korr.-Büro. Der hauptstädtische Kommissar für das Unterrichtswesen ordnete an, daß in sämtlichen Schulen der Religionsunterricht sofort einzustellen sei, und die freigeordneten Stunden teils zu Erörterungen der heutigen sozialen Verhältnisse, teils zum Unterricht von im Kreise des gemeinen Wissens gehörenden Gegenständen zu verwenden ist.

Schreckhuf oder Hege?

Berlin, 29. März. Der Genfer Korrespondent des „Daily Chronicle“ will aus vorzüglicher Quelle erfahren haben, daß die russische Sowjetregierung vor einigen Tagen der Berliner Regierung durch einen unabhängigen Sozialisten definitive Vorschläge gemacht und versprochen habe, Deutschland seine früheren Grenzen im Osten und im Westen wiederherzustellen, wenn die deutsche Regierung sich damit einverstanden erklärt, den Spartakisten erste politische Konzeptionen zu machen und ein Bündnis mit Rußland zu schließen. Dieses Telegramm wird von dem Ogan Mond Georges an leitender Stelle veröffentlicht. Die Meldung enthält, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, so starke Unmöglichkeiten und widerspricht der ganzen Politik Lenins so sehr, daß sie den Stempel der Unwahrscheinlichkeit von vornherein trägt. Sie ist aber bezeichnend dafür, wie in der Entente-Pressen Abklärungsversuche an die Bolschewisten, die in Deutschland gemacht werden, ausgenutzt werden können.

Streik der Eisenbahner in Wien.

Wien, 28. März. Seit der Nacht ist der Ausstand der Eisenbahner allgemein. Es verkehrt kein Zug. Auch Wiener Lebensmittelzüge bleiben liegen, so daß die Stadt in 2 Tagen ohne Vorräte dastehen wird. Der Streik brach aus hinter dem Rücken der sozialdemokratischen Gewerkschaftskommission. Man ist bemüht, den Eisenbahnen im Hinblick auf die Ernährungskatastrophe gut zuzureden und verheißt ihnen mögliche Erfüllung ihrer Forderungen. Diese sind Erhöhung der Lebensmittelpreise, Neuorganisation der Teuerungszulagen, Amnestie, Neuwahl der Personvertreter, Besoldungsreform bis zum 1. Juni und Abschaffung der Generalinspektion.

Im Kampf ums Ich.

Roman von Hans v. Gersdorff.

28. Hier stobte Frau Amalie wieder mit Besen ab. Sobald das Persönliche in seinen Beschreibungen herbeigetragen wurde, sah sie nicht — und diese fortgesetzten Schminken auf die Marine mochte sie nun schon gar nicht lesen. Daß er seine Pflicht tat, erschien ihr selbstverständlich, aber daß er in die Marine so gut paßte, verstand sie nicht mehr. Woher hat der Junge diesen Gang zur Freiheit, zur Welt — wie sie das nannte? Von ihr gewiß nicht. — Die kleinen Verhältnisse einer Infanterie-Garnison, die ihn beschreiben erhalten hätten, wären ihr lieber gewesen. Vielleicht hätte es ihm eben darin nicht behagt — und das würde sie mit Freuden begrüßt haben. Da der Bericht sich nun seinem Ende näherte, las sie doch weiter: „Unter nächstes Ziel war Bahia oder eigentlich San Salvador da Bahia de todos os Santos. Dies ist eine schmutzige Stadt. Die stürkste Dörre, von der sich ein norddeutscher Rassenmensch wie ich keine Vorstellung machen konnte, machte mich ganz eiskalt. Die kleinen Neger sind abstoßend. Nur die schönen Fräulein, Bananen, Ananas und Mangos, erlabten uns immer wieder. Könnte ich doch der Mutter davon schicken, aber dann müßten sie so schmecken, wie sie uns hier munden. Was zu uns nach Deutschland kommt, schmeckt fabelhaft dagegen.“ Hier waren froh, als wir nach acht Tagen wieder fort konnten. Gestern sind wir in Trinidad gelandet. Hier sollen wir zu Schiffbauarbeiten fünf Wochen bleiben. Das ist famos! Trinidad ist eine wunderbare Insel mit englischen Adlonien und wunderbaren, gepflegten Wegen. Sogar Sportplätze sind dort. Ich will Tennis spielen lernen. Der Verkehr mit Engländern und ihren Damen soll sehr nett sein. Ich will mich irgend so einer allerliebsten Miss anheften, die mir ordentlich Englisch beibringt, auch

Der Eisenbahnstreik in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 28. März. Nach einer Meldung aus Graz sind auch die Angestellten der Staatsbahnen ausständig. Die Streikenden der Südbahngesellschaft, mit denen sich die Beamenschaft solidarisch erklärte, setzten einen Eisenbahnstreik ein, der dauernd tagen soll.

Die Einigung im Eisenbahnstreik.

Wien, 29. März. Zwischen der Staatsregierung und dem Vertrauensmännerausschuß der österreichischen Eisenbahner sind Vereinbarungen zustande gekommen, die betreffen: 1. die Erhöhung der Lebensmittelpreise, 2. Gewährung eines Beitrages von 100 Kronen an alle Bediensteten und je 20 Kronen für jedes Familienmitglied vom 1. April bis 1. August 1919 einschließlich unter Aufrechterhaltung der bisherigen Teuerungszulagen und Abschaffung der Beiträge, 3. Erlassung einer Amnestie und Wiederaufnahme der seit dem 1. August 1914 strafweise entlassenen Bediensteten, 4. unverzügliche Vorlage des Gesetzes, wonach unter geordneter Mitwirkung des Personals bis 31. August die Besoldungsreform erfolgen soll, 5. Einwirkung auf Privatbahnen wegen Gewährung gleicher Zugeständnisse, 6. Neuorganisation der Staatsbahnen, 7. Bekämpfung des Schleichhandels unter Heranziehung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Drohender Streik auf den preussisch-hessischen Eisenbahnen?

Essen, 27. März. Im hiesigen Saalbau fand heute abend eine Kundgebung der Eisenbahnamtenschaft aus dem Direktionsbezirk Essen statt, an der u. a. der Essener Eisenbahndirektionspräsident Lehmann und der Präsident des Eisenbahnerverbandes teilnahmen. Schon vor einigen Wochen fand an derselben Stelle eine ähnliche Versammlung statt, in der eine Entschickung gefaßt wurde, in welcher eine einmalige Entschickungszulage von 1200 Mark sowie die Teuerungszulagen und Kriesszulagen gefordert wurden. Nachdem die Regierung auf diese Entschickung noch nicht geantwortet hat, verhandelte man heute über die nunmehr zu erwerbenden Maßnahmen. Die Versammlung nahm den Standpunkt schärfsten Vorgehens ein und von vielen Seiten wurde der sofortige Streik gefordert. Demgegenüber ermahnte der Eisenbahndirektionspräsident zur Besonnenheit. Seine Ermahnungen stießen auf starken Widerspruch und er wurde zeitweilig durch stürmische Zwischenrufe am Weiterreden verhindert. Weiter wurde mitgeteilt, daß am 25. d. Mts. in Halle der Eisenbahnerverband ein Ultimatum an die Regierung gerichtet habe, in dem er die Forderungen der gesamten Eisenbahnamtenschaft der preussisch-hessischen Staatsbahnen niedergelegt hat. Dieses Ultimatum setzt der Regierung eine Frist zur Bewilligung der Forderungen bis zum 10. April. Wenn die Forderungen bis dahin nicht restlos bewilligt worden sind, wird zunächst eine achtstündige Ruhepause im Eisenbahnbetrieb eintreten, und wenn nach Ablauf dieser Ruhepause die Forderungen nicht bewilligt sind, wird der Eisenbahnverkehr im gesamten Bereich der preussisch-hessischen Staatsbahnen eingestellt werden. Die heutige von 6000 Eisenbahnbeamten beauftragte Versammlung nahm eine Entschickung an, in der erklärt wird: Sollte bis zum 10. April eine befriedigende Beamtentragung der Essener Forderungen seitens der Regierung nicht eingegangen sein, so tritt die Essener Beamtenschaft den hiesigen Beschlüssen in vollem Umfange bei.

Vom Waffenstillstand und Frieden.

Eine Erklärung Wilsons zum Völkerbund

WTB. Paris, 28. März. Wilson ließ heute folgende Erklärung veröffentlichen: Im Hinblick auf die sehr überraschende Ansicht, die in manchen Kreisen zu herrschen scheint, daß es Konventionen für den Völkerbund sind, die die Konvention des Friedensvertrages ergänzen, ergreife ich sehr gern die Gelegenheit, um mitzuteilen, daß die Beschlüsse dieser Kommission als erste der Plenarkonferenz vorgelegt wurden. Sie wurden am 12. 4. veröffentlicht und die Welt hatte einen vollen Monat Zeit, den damals vorgelegten Völkerbundsentwurf in allen Einzelheiten zu besprechen. Während der letzten Tage war die Kommission bemüht, aus den Kritiken die Veröffentlichungen hervorzuheben, die sie zu ziehen, und das Komitee der Kommission hatte auch den Vorschlag, eine Konferenz zwischen den Vertretern der neutralen Nationen abzuhalten, die sehr tiefgehendes Interesse und den wohl einstimmen Wunsch bezeugen, sich auf den Völkerbund einzulassen. Der revidierte Völkerbundsentwurf ist jetzt so gut wie fertiggestellt und befindet sich in den Händen des Komitees, welches die Aufgabe hat, den Entwurf fertigzustellen, und er wird so bald als möglich der Öffentlichkeit einzuweisen. Die Konferenzen der Kommission fanden ausnahmslos zu Zeiten statt, wie sie auf die Beratungen der Nationen, die sie auf sich nahmen, nicht einwirken konnten, jedoch die Mitglieder der Kommission sich zu der Tatsache einverstanden erklären, daß kein Teil ihrer Konferenzen je irgend eine Art von Verzögerungen bewirkte.

Die Verhandlungsmethoden in Paris.

Bern, 28. März. Ueber die bei den Verhandlungen der vier Ministerpräsidenten beobachtete Methode wird aus Paris gemeldet: Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt, hinter denen bisher lediglich Professor Mantoux und ein Dolmetscher-Offizier zugelassen worden sind, dessen Aufgabe darin besteht, die in englischer Sprache geführten Verhandlungen ins Französische zu übersetzen. Die Besprechungen werden in der zwanglosesten Form geführt. Es werden von ihnen keine Protokolle angefertigt. Die Sekretäre der Ministerpräsidenten befinden sich in den Nebenzimmern, um ihren Chefs jeden Augenblick zur Verfügung zu stehen. Gestern hat der Rat der vier zwei Sitzungen abgehalten. Aus gut unterrichteter Quelle verlautet, daß sich die Staatsmänner über die Frage der Wiedergutmachung der Schäden vollkommen einig waren, so daß in der zweiten Sitzung bereits über die Regelung der deutschen Grenzen gesprochen werden konnte. Als einziger Punkt für die nächste Sitzung ist die Adria-Frage in Aussicht genommen. Amerikanische Politiker haben sich über den bisherigen Verlauf der Konferenz sehr befriedigend ausgesprochen, dagegen hat sich unter den japanischen Delegierten eine gewisse Mißstimmung darüber bemerkbar gemacht, daß an Japan keine Aufforderung erangenen ist, einen Vertreter zu diesen wichtigen Besprechungen zu nominieren.

Bern, 28. März. Von maßgebender, an den Friedensverhandlungen unmittelbar beteiligter Seite wird mitgeteilt, daß am Mittwoch in der

Sitzung des Viermännerkollegiums eine endgültige Entscheidung über die finanziellen Fragen getroffen wurde. In der Konferenz, an der allerdings Clemenceau wegen Unpäßlichkeit nicht teilnehmen konnte, hielt Präsident Wilson einen ausführlichen Vortrag über das auch in seinen 14 Punkten enthaltene Problem der Wiedergutmachung begangenen Schäden und trat auf das entschiedenste dafür ein, daß Deutschland nur zur Erstattung der tatsächlich von ihm verursachten Schäden herangezogen werden dürfe. Der Präsident wies nach, daß die von den Verbundenen maßgebenden Persönlichkeiten befürwortete Belastung Deutschlands mit einem wesentlichen Teil der Kriegskosten aller Alliierten dem Gedanken der Völkerverständigung widerspreche, darüber hinaus, aber auch aus rein wirtschaftlichen Gründen nicht durchführbar sei. Sowohl Lloyd George wie Orlando konnten sich den präzisierten Argumenten Wilsons nicht verschließen und stimmten nach längerer Erörterung aller in Betracht kommenden Erwägungen den von Wilson aufgestellten Grundrissen zu. Damit wurde beschlossen, daß Deutschland keine Kriegseigentumsabgabe zu zahlen hat, sondern nur für die angerichteten Schäden im besetzten Gebiet haftbar gemacht wird. Allerdings liegen über die Stellungnahme Clemenceaus noch keine verlässlichen Nachrichten vor. Angesichts der vorhandenen Dreiermehrheit wird sich der französische Ministerpräsident aber in dieser Frage voraussichtlich nicht den gesuchten Beschlüssen widersetzen, zumal ihm, wie vertraulich mitgeteilt wird, gewisse Kompensationen in anderer Hinsicht in Aussicht gestellt worden sind.

Das Programm der Friedensverhandlung.

Bern, 28. März. Das Programm der Verhandlungen über den Frieden wird sich ungefähr in folgenden Formen abwickeln: Nach dem Eintreffen der deutschen Friedensdelegation, die in der zweiten Woche des April entweder in Paris, oder in einem anderen Orte mit den Vertretern der Alliierten zusammentreffen wird, wird den Deutschen der Entwurf des sogenannten Präliminarfriedens, sowie die Verpflichtung vorgelegt werden, die Deutschland nach der Erledigung der wesentlichen Friedensbedingungen zu erfüllen hat. Wie in gut unterrichteter Pariser Kreise verlautet, werden die Alliierten die Mitteilung machen, daß eine der nächsten Aufgaben des Völkerbundes darin bestehen wird, die Verwaltung der Rheinprovinzen bis zur Erfüllung sämtlicher Bedingungen durch Deutschland zu übernehmen. Der deutschen Delegation wird der gesamte Völkerbundentwurf vorgelegt werden, von dem sie jedoch nur Kenntnis nehmen soll. Deutschland wird nach der Bekanntgabe der Bedingungen des Präliminarfriedens eine Zwischenzeit von höchstens 3 Wochen erhalten, um der Natl.-Vers. Zeit zu geben, den Vertrag zu prüfen. Man erwartet in Paris, daß Deutschland an Frankreich den Entschluß der Nationalversammlung bekannt geben wird, ob sie gewillt ist, die von den Alliierten gestellten Bedingungen anzunehmen oder abzulehnen.

Amsterdam, 28. März. Nach einer Information der „Daily Mail“ aus Paris wird Deutschland das größte Interesse daran haben, den von dem Räte der Vier entworfenen Frieden anzunehmen, der auf den Prinzipien der Gerechtigkeit aufgebaut sein wird. Das Blatt erzählt weiter aus gut unterrichteter Quelle, daß zu gleicher Zeit mit der Unterzeichnung des Friedens zwischen Deutschland und den Alliierten auch die des Friedens mit Oesterreich, Bulgarien und der Türkei erfolgen wird.

Um

Weimar, 28. März. Der Landtag polnische Lande am 27. März legte an General Da ist noch ein treffs des Transport durch Danzig beauftragt, ein nach Spaa zu entsenden in Person zu stellen wird gebeten, den Namen des der gewählt worden Datum, an welchem haben wird.

Polens Unschick

Warschau, 27. März. Die Landtage der großen politischen Parteien für den Antrag auf Bandenmächtigen aus.

Berlin, 29. März. schäftigte sich gestern Blätter melden, aber tenwechsel über Dan wiederholte Ueberpr der „Voss. Anz.“ sagte, „Lof. Anz.“ sagte, die deutsche Antwort tag in Spaa überre „B. T.“ erzählt, soll Entgegennahme der gestellt worden sein. Blatt melden können sion, die sich mit de zu dem Beschluß kam müßte.

Die „Germania“ Regierung bei ihrer nung aller parlam Unabhängigen, stütz Beweis von der e Deutschlands, daß e wahr.

320 000 deutsche K

aufbau von 28. Amsterd., 28. März. dung der „Morning port der deutschen S frankreich seit unge eingestellt worden Deutsche beim Wiede biete tätig. Die en der deutschen Kriege sten Woche des Apr mit den deutschen folgen.

Weltkalen

* Aus dem Gau Tagen herrscht hier liche Kälte, die En auf 5 Grad unter N ein, der durch Sch draußen sehr ungem segte harter Schneee hind hoch mit Schneeförmlich weiter. Ma derartige andauern kommenden Schneee geherrscht hat.

* Duisburg, 29.

für den Ruhrorter die am 25. März in raten, seit Beginn gernen Schiffslabu Stroh verurteilt. I nebenan liegende C lagert. Den Feuer lungen, die größte C sonders für Abweh nenden Feuerlöschba konnten des Streiks treten. Welche Gef liegenden Millionen pelung und den un sen, zum anderen an löschvorrichtungen er Brand deutlich gese

* Mülheim (Ru

hier eine Protestvor schen Arbeiterersch allge statt. Der Ob der Versammlung, stand, daß er all sache der Arbeitersch eine Entschickung bert wird: 1. Sofort beziehungen mit Ru des Freikorps, 3. all ten, 4. sofortige S sinne des proletari Banken. Man bild Mitgliedern, die mo um der Regierung b vorzulegen. Nach de sich die Teilnehmer z

Partien nach dem Bild late und dem Blue ba wollen wir machen.

Weihnachten verleben wir auch hier! Es wird wunderbar sein, unter Sonnenglut und Tropengrün. — Ich glaube, dabei wird mich zum erstenmal so etwas wie Wehmüt — ich will es nicht selbstweh nennen — anwandeln.“

Und heute war Weihnachtsabend! Frau Amalie — sah in ihrem kleinen Wohnzimmer und sah verfunken in die flackernden Lichtchen des Zimmers, die langsam herunterbrannten. Trübchen hatte es sich nicht nehmen lassen, dieses Weihnachtsfest hierher zu bringen, selbst zu schmelzen und auch die Lichtlein anzuzünden. Still war sie wieder gegangen.

Frau Amalie hatte ihr kaum dafür danken können. Auch ein Paket von Fritz lag auf dem Tisch. Er schien es an Trübchen gefandt zu haben mit der Bitte, der Mutter, den selbsten Schatz aufzubauen. Diese hatte ihn flüchtig betrachtet und den Kopf geschüttelt. Einen schwarzseidenen Spitzenhaube hatte sie ihr Beibag noch nicht getragen. — Und dazu mußte der Junge das viele Geld ausgeben. — Wenn er wenigstens weiß gewesen wäre, dann hätte sie ihn Trübchen schenken können — denn was sollte sie damit? Umwinden würde sie ihn doch nie.

Er schrieb dazu, daß er ihn in Wilbau gekauft habe. Da fiel ihr das Abenteuer mit der schönen Spanierin ein, und sie schob den Schatz verstimmt beiseite.

Sie schloß sich einsam, erschreckend einsam. Eine Einladung der Frau Mutter, mit ihnen den Abend auszubringen, war von ihr abgelehnt worden. Mit der Erklärung, daß sie an diesem Abend noch nie ihre vier Wände verlassen habe, hatte sie die etwas geantworte Frau Mutter begnügen müssen. Auf deren bedeutungsvollen Worten, daß man an solchen Tagen doch eigentlich zusammengehöre, erwiderte sie kein Wort.

Sie hatte nur einen traurigen Blick von Trübchen aufgefunden und zum erstenmal den ungeliebten Gegenstand von Mutter und Tochter herausgeholt: Trübchen besaß Perlenstätt — die Mutter nicht! Auf dem Weihnachtsfest lagen auch Fritzens Tage-

buchblätter. Sie sah immer wieder darauf und eine große Unruhe bemächtigte sich ihrer.

In dem Jungen ging etwas vor, eine neue, große, innere Umwälzung! Ja, das war's! ... Und er fühlte jetzt unter frohen Kameraden Weihnachtsabend zu Trinidad — und sie sah einlaufen und sorgend am Ofenstrand ... Daß er daran? O — ja, er hatte ja von Wehmüt — etwas Wehmüt geschrieben ...

Ihre bitteren Empfindungen wurden hier durch die alte Dörthe unterbrochen:

„Frau Superintendent, ich möchte um was bitten.“

„Aun — und?“ sagte sie, wie aus schweren Gedanken aufstehend.

„Eine Weihnachtsfreude — meine einzige Weihnachtsfreude möchte ich haben — lesen dürfen — was der Fritz geschrieben hat.“

Frau Amalie zuckte zusammen. Die Alte stand wachend vor ihr und wuschte mit der Schürze die Gläser einer großen Brille für ihre wichtigsten Augen.

Mechanisch langte sie nach den Blättern und reichte sie Dörthe, ohne ein Wort zu sagen.

„Danke, danke,“ schluchzte die Alte und ging hinaus.

Die Weihnachtsblätter waren längst herabgebrannt. Das einzige Geräusch im Zimmer machte die alte Uhr, die auf einer Marmorkonsole zwischen den Fenstern stand. Es war so still — so bräunend still im Zimmer. Frau Amalie hatte die Stille noch nie als etwas Verrücktes empfunden. Sie stand milde auf und ging zur Tür. Wehmüt trieb es sie zu der alten Dörthe! Im Grunde dachte sie es ja längst, ihr die Schriftstücke gegeben zu haben! Würde sie mit ihrem einfachen Menschenverstande sie auch richtig verstehen? Schon das Abenteuer mit der Spanierin war eigentlich gar nichts für die Schwachgeistigkeit der Alten.

Und doch — es war nicht allein der Wunsch, diese Papiere wiederzusehen, der sie geben ließ — nein, die Sehnsucht nach einem lebenden Wesen mußte es sein, nach einem Herzen, das ihren Jungen liebte — selbstloser Liebe als sie. Sie hungerte förmlich danach, die Nähe einer Seele zu spüren, die reiner und

freier an diesem empfand als sie — und wenn es auch nur die alte Dörthe war. ...

Die Alte sah am Rüschen im Schilde einer häßlich leuchtenden Lampe. Die Brille war ganz vorn auf die Nasenbrille geschoben, teils um besser zu sehen, teils um den Fremden- und Wehmütsstrahlen den Lauf nicht zu stören.

Als sie die Herrin im Rahmen der Leise geöffneten Tür stehen sah, nicht sie nur wie verflucht. Eine große Freude glänzte in ihrem rüseligen Gesicht.

„Ach, Gott, Frau Superintendent, das ist wirklich wie ein Geschenk vom Herrn! Der Junge lebt, er ist froh und tut seine Arbeit. Und so lustig wie er schreibt! Mir laßt das Herz — und nun ist es wirklich erst Weihnachtsabend. ... Und so lieb ausgebracht, das gerade heute zu senden, wo wir so viel an ihn denken müssen.“

Die Superintendentin sah sie wie verloren an.

„Schloßte sie das nicht auch — genau wie die Alte? Wehmüt wurde ihr der Genick des Augenblasses stets durch bittere Empfindungen getrieben? Sie beneidete Dörthe bis ins Innerste.“

Als sie merkte, daß sich ihre Augen langsam mit Tränen überfüllten, schloß sie rasch die Augen.

Sie weinte — weinte zum erstenmal seit vielen Jahren.

Das erschütterte sie seelisch so ungeheuer, daß sie sich selbst vor dieser völligen Weichheit fürchtete. Die vollständige Erlebung der schweren Nervenschmerzen hielt nicht lange vor. — Sie war nur froh, daß niemand diese Tränen gesehen haben konnte. Auch Dörthe nicht, die ihr früher mit einem Sonnenlächeln auf den Wangen die Blätter stumm unter den längst vergessenen Lichterbaum legte.

Aber sie vergaß diese Tränen nicht — wohl hatten sie ihr getan! Vielleicht hätte sie ihre Wohltat intensiver wirken lassen, wenn sie nur die Abnung losgeworden wäre, daß ihr das neue Jahr eine schwere Lebenserfahrung bringen würde.

(Fortsetzung folgt.)

eine endgültige
ellen Fragen
an der aller-
seit nicht teil-
Wilson einen
auch in seinen
r Wiedergut-
trat auf das
land nur zur
verursachten
e. Der Prä-
nehmen maß-
ete Belastung
nen Teil der
Bedanken der
über hinaus,
Gründen nicht
sorge wie Dr.
Argumenten
mitten nach
acht kommen-
aufgestellten
schlossen, daß
zu zahlen
eten Schäden
wird. Aber-
me Clemens-
hrichten vor.
erfelmehrheit
räsident aber
den gefähten
wie vertrau-
ensfaktionen in
worden sind.

handlung.
um der Ver-
sch ungefähr
ach dem Ein-
ation, die in
der in Paris,
in Vertreten
rd, wird den
ten Prälimi-
vorgelagt
lediglich der
zu erfüllen
riser Reisen
e Mitteilung
ufgaben des
die Verwal-
füllung sämt-
und zu über-
wird der ge-
werden, von
nehmen soll.
gehe der Be-
eine Beden-
ten, um der
Vertrag zu
daß Deutsch-
er National-
ob sie gewillt
Bedingungen

er Informa-
wird Deutsch-
den, von
eben anzu-
Gerechtigkeit
schränkt weit-
zu gleicher
riedens zwis-
auch die des
und der

und wenn es
Schneie einer
war ganz vorn
besser zu se-
bedeutenden
e geöffneten
rt. Eine große
ist.
ist wichtig
e lebt, er ist
wie er schreit
s wirklich er-
dacht, das ge-
den ihn den
oren an.
ie die Mitte?
genblicks reis
ie beneidete

langsam mit
trat sie rasch
seit vielen
r, daß sie sich
schreite. Die
ebenwärmung
roß, daß nie-
e. Auch Dr.
menlagen auf
n längst ver-
wohl hatten
obstalt inten-
nung losge-
eine schwere
ung folgt.)

Um Danzig!

Weimar, 28. März. In der Angelegenheit der Forderung polnischer Truppen in Danzig landete am 27. März General Koch folgendes Telegramm an General Rubant:

Da ich noch keine Antwort erhalten habe betreffs des Transports der polnischen Truppen durch Danzig beauftrage ich Sie, um die Lösung der Frage zu beschleunigen, die deutsche Regierung einzuladen, einen Bevollmächtigten nach Spa zu entsenden, wohin ich geneigt bin, mich in Person zu begeben. General v. Hammerstein wird gebeten, so schnell wie nur möglich den Namen des deutschen Bevollmächtigten, der gewählt worden ist, mitzuteilen, ebenso das Datum, an welchem er sich nach Spa begeben haben wird.

Polens Anschlag auf den Verband.

Warschau, 27. März. In der gestrigen Sitzung des Landtages sprachen sich die Vertreter der großen politischen Gruppen übereinstimmend für den Antrag auf ein Bündnis mit den Verbandsmächten aus.

Berlin, 29. März. Die Reichsregierung beschäftigte sich gestern nachmittag, wie verschiedene Blätter melden, abermals mit der durch den Notenwechsel über Danzig geschaffenen Lage. Die wiederholte Überprüfung der Frage führte, wie der „Vol.-Anz.“ sagt, lediglich zu einer Bestätigung in der Stellungnahme vom Tage zuvor. Die deutsche Antwortnote dürfte gestern nachmittag in Spa überreicht worden sein. Wie das „S. L.“ erfährt, soll von Seiten der Entente nach Entgegennahme der Antwort eine Zwischenfrage gestellt worden sein. Aus London will daselbst Blatt melden können, daß die britische Kommission, die sich mit der Frage von Danzig befaßt, zu dem Beschluß kam, daß Danzig deutsch bleiben müsse.

Die „Germania“ meint, daß sich die deutsche Regierung bei ihrer Antwort auf die Zustimmung aller parlamentarischen Parteien, auch der Unabhängigen, stützen kann, sei ein erfreulicher Beweis von der einmütigen Auffassung ganz Deutschlands, daß es hier nur sein gutes Recht wahr.

320 000 deutsche Kriegsgefangene zum Wiederaufbau von Nordfrankreich verwandt.

Amsterdam, 28. März. Einer Pariser Meldung der „Morning Post“ zufolge ist der Transport der deutschen Kriegsgefangenen nach Nordfrankreich seit ungefähr einer Woche vollkommen eingestellt worden. Augenblicklich sind 320 000 Deutsche beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete tätig. Die endgültige Regelung der Frage der deutschen Kriegsgefangenen wird in der ersten Woche des April in direkten Besprechungen mit den deutschen Friedensunterhändlern erfolgen.

Westfalen und Rheinland.

* Aus dem Sauerlande, 29. März. Seit 14 Tagen herrscht hier im Sauerlande eine empfindliche Kälte, die Ende vergangener Woche sogar auf 5 Grad unter Null stieg. Dann setzte Regen ein, der durch Schneegestöber den Aufenthalt draußen sehr ungemütlich machte. Heute früh setzte starker Schneefall ein; Felder und Berge sind hoch mit Schnee bedeckt und es schneit unaufhörlich weiter. Man kann wohl sagen, daß eine derartige andauernde Kälte mit solch niederkommenden Schneemassen seit Jahrzehnten nicht geherrscht hat.

* Duisburg, 29. März. Eine große Gefahr für den Ruhrorter Hafenbetrieb wurde durch die am 25. März im Kaiserhafen in Brand geratenen, seit Beginn der Revolution dort lagernden Schiffsablagen Holzwohle, Heu und Stroh verursacht. Besonders gefährdet war das nebenan liegende Gebäude, in dem Militärgut lagert. Den Feuerwehren ist es mit Mühe gelungen, die größte Gefahr abzuwenden. Die besonders für Abwendung der Feuergefahr dienenden Feuerlöschdampfer der Hafenverwaltung konnten des Streiks wegen nicht in Tätigkeit treten. Welche Gefahr für die im Hafengebiet liegenden Millionenwerte einmal aus der Stapelung und den unverdeckten brennbaren Massen, zum anderen aus dem Versagen der Feuerlöschvorrichtungen entstehen kann, hat dieser Brand deutlich gezeigt.

* Mülheim (Ruhr), 29. März. Gestern fand hier eine Protestversammlung der kommunikativen Arbeiterschaft gegen die Lebensmittelbeschlüsse statt. Der Oberbürgermeister erklärte vor der Versammlung, die auf dem Rathausmarkt stattfand, daß er alles tun werde, um die Wünsche der Arbeiterschaft zu erfüllen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird: 1. Sofortige Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland, 2. Sofortige Auflösung des Freikorps, 3. alle Macht den U. und S. Mächten, 4. sofortige Aenderung der Regierung im Sinne des Proletariats, 5. Enteignung aller Banken. Man bildete eine Kommission von 5 Mitgliedern, die morgen nach Berlin fahren soll, um der Regierung die Wünsche der Arbeiterschaft vorzulegen. Nach der Versammlung formierten sich die Teilnehmer zu einem Demonstrationzug.

Es kam hierbei vielfach zu Belästigungen von Soldaten des Freikorps. Auf dem Kaiserplatz wurde eine Handgranate geworfen, angeblich von einem Angehörigen des Freikorps. Der Täter wurde aber nicht ermittelt. Verlegt wurde niemand.

* Düsseldorf, 29. März. Der Düsseldorf-Hafen wurde gestern durch eine Abteilung belgischer Truppen besetzt. Die Entente hat damit von ihrem seinerzeitigen Vorbehalt auch den rechtsrheinischen Hafenteil zu befreien, Gebrauch gemacht.

* Witten, 29. März. Gestern weihte hier eine Untersuchungskommission aus Bochum, um gerichtliche Feststellungen über die jüngsten blutigen Vorgänge zu machen. Die Zahl der Toten beträgt nach der letzten amtlichen Feststellung 18, die der Verwundeten 30—35. Der Arbeiterrat wurde aufgelöst und ein neuer gewählt. Auf den Witterer und Annener Stahlwerken und auf der Zeche „Dinnendahl“ wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Auf den übrigen Zechen dauert der Ausstand an.

* Köln, 29. März. Von einer Korrespondenz wird uns gemeldet: Hier war kürzlich von den unabhängigen Sozialdemokraten eine große öffentliche Versammlung anberaumt worden. Zu dieser hatten sich auch etwa 250 engl. Soldaten eingefunden. Der Kommandant des englischen Besatzungskorps fand aber an der Teilnahme der englischen Soldaten durchaus keinen Gefallen, sondern ließ diese kurzerhand verhaften.

* Köln, 29. März. Für die Einreise aus dem unbesetzten in das englisch besetzte Gebiet ist, wie die „Sta.“ erfährt, für dringende Geschäfte folgende Erleichterung getroffen worden: Solche Reisende besorgen sich einen deutschen Reisepaß bei der Polizeibehörde ihres Aufenthaltsortes. Für die Reisen nach dem englisch besetzten Gebiet muß dieser Reisepaß vom Bürgermeister oder Landrat bescheinigt und gestempelt und mit einem kurzen Gesuch, welches Grund der Reise und Dauer des Aufenthaltes im besetzten Gebiet enthält, an die Handelskammer Köln weitergesandt werden. Von der Genehmigung des Antrages wird der Gesuchsteller durch Telegraf benachrichtigt, das ihn zur Einreise nach Köln berechtigt, wo er auf dem Hauptbahnhof, Bahnsteig 45, seinen Paß gegen Vorzeigung des Telegramms in Empfang nehmen kann.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 31. März 1919.

m. Ein hartnäckiger Geselle ist heuer der Winter. Nachdem es eine Zeit lang den Anschein gehabt hatte, als wolle er heuer vorzeitig seine Herrschaft an den Frühling abtreten, hat er in der letzten Woche mit Kälte und Schnee über gehaust. Ganz toll hat er es aber in der Nacht zum Sonntag getrieben, wo er eine solche Menge Schnee ins Land warf, wie selbst zur Zeit seiner unbeschränkten Herrschaft nicht. Am Morgen noch herrschte dichtes Schneetreiben. Gegen Mittag klärte das Wetter auf und gegen Abend bemühte sich Frau Sonne, den frierenden Menschenkindern wieder etwas einzuhauchen. Es wäre demnach zu wünschen, daß jetzt endlich der Frühling zu seinem Rechte käme. Er steht doch im Kalender! — Uebrigens liegen aus ganz Westfalen und Rheinland Nachrichten über Frost und ausgiebige Schneefälle vor. Der Schaden ist noch nicht abzuschätzen, doch hofft man, daß er nicht allzu groß wird, vorausgesetzt, daß nicht starker Frost einfällt.

p. Beischlagnahme. Am 28. März abends gegen 7.40 Uhr wurde von dem Wachhabenden der Sicherheitswehr ein Mann in der Schützenstraße angehalten, der einen Schiefkorb mit 40 Pfund Schweinefleisch trug. Der Mann wurde nachher am Bahnhof beobachtet, wie er die Sperre zu umgehen suchte. Auf Zureden des Mannes wurde er von dem großen Unbekannten angeblich für 400 Mark gekauft haben. Da dasselbe vermutlich von einer Geheimschlagung oder einem Diebstahl herrührt, so wurde es beiseite genommen und dem Schlachthof übergeben.

p. Abgenommen wurde heute nachmittag durch eine Patrouille der Volkswehr 19 Pfund Butter, die eine Frau aus Düsseldorf bei den Landwirten zusammengekauft hatte. Die Butter wurde dem Lebensmittelamt übergeben.

p. Fundfische. Auf dem Fundbüro im Zimmer Nr. 8 des Rathauses wurden zwei Geiselscheine abgegeben.

b. Borromäus-Verein Diebstahl. Mit Rücksicht auf die hl. Mission ist die Bäckerei am Dienstag und folgenden Dienstag, den 8. April, von 5.30 bis 6.30 Uhr geöffnet. Da Sonntag starker Andrang ist, werden diejenigen Mitglieder, die in der Woche Zeit haben, ersucht, am Dienstag zu erscheinen.

CW. Wichtig für Arbeitgeber. Arbeitgeber außerhalb der Forst- und Landwirtschaft dürfen Arbeitskräfte nicht einstellen, die bei Ausbruch des Krieges oder während desselben schon in der Land- oder Forstwirtschaft tätig gewesen sind. Eine Zuwiderhandlung wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft.

(1) Heide, 30. März. Wie wir erfahren, tritt der Amtmann Brede zum 1. Juli d. J. zurück.

Neueste Telegramme.

Arbeitsrat gegen Provinziallandtag.

W.B. Dortmund, 29. März. In der heute hier abgehaltenen Volksversammlung der U. und S.-Mächte für die Stadt- und Landkreise Dortmund und Hörde wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die Volksversammlung ersucht den Vorstand der U. und S.-Mächte für obgenannte Kreise, an den preussischen Minister des Innern sofort nachstehendes Telegramm abzusenden:

Preussischer Ministerpräsident Herr, Berlin! U. und S.-Mächte für die Stadt- und Landkreise Dortmund und Hörde beschließen in heutiger Volksversammlung mit Eröffnungsrede des westfälischen Oberpräsidenten auf Provinziallandtag, die größte Erregung ausgelöst hat. Fordert ganz entschieden sofortige Absetzung und Behebung des Postens mit neuzeitlich gerichtetem Verwaltungsbeamten. Erhebt auch Protest gegen Wahl des Landrats Beckhaus zum Vordeschauptmann von Westfalen.

Die Streits im Industriegebiet.

U. Essen, 30. März. (Drhtb.) Im Dortmunder Bezirk sind 12. im Witterer Bezirk 15 und im Bochumer Revier 8 Zechen am Ausstand beteiligt. In Reddinghausen kreuzt die Zeche Friedrich der Große. In Essen, Gelsenkirchen und Oberhausen ist alles ruhig. — Vorkreisliche Streiken noch die Arbeiter der Niederrheinischen Bergwerksgesellschaft. — Im Bezirk Altdorfer sind die Arbeiter der Zeche Heinrich heute mittag in den Ausstand getreten.

Ein unerhörte Forderung.

W.B. Berlin, 29. März. Aus dem Signaturbericht der Weissenhof-Kommission in Spa vom 28. 3.: Rubant teilte in einer Note mit, die französische und belgische Regierung hätten beschlossen, ohne Verzug mit der Rücknahme aller Pferde und sonstigen Tiere zu beginnen, welche von Deutschland in Frankreich und Belgien requiriert worden sind. Zu diesem Zwecke werden im besetzten deutschen Gebiet sofort Musterungen aller aus Frankreich und Belgien stammenden Tiere vorgenommen werden. Im unbesetzten Gebiet Deutschlands soll eine entsprechende Musterung durch eine Sonderkommission abgehandelt werden. Ihr soll auch die Rücknahme des aus Frankreich und Belgien fortgeführten landwirtschaftlichen Materials übertragen werden. Die Antwort auf diesen geradezu ungeheuerlichen Entschluß, der auch nicht im geringsten Zusammenhang mit dem Waffenstillstandsvertrag steht, hielt sich die deutsche Kommission vor. Es sei hier bemerkt, daß nach Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrages (finanzielle Bestimmungen) Deutschland nur verpflichtet ist, Urkunden, Rinstgenstände, Bargeld und Wertpapiere zurückzugeben, die aus den ehemals besetzten Gebieten fortgeführt worden sind. Zu irgend einer weitergehenden Forderung sind die Alliierten also nicht berechtigt.

Eine Anbiederung an die deutsche Regierung? W.B. Wien, 30. März. (Drhtb.) Die Volkszeitung meldet: Nach zuverlässigen Budapest-Meldungen hat die ungarische Regierung der deutschen Reichsregierung ein Bündnis gegen die Ententemächte angeboten. Die Mitteilung soll bereits nach Berlin gelangt worden sein.

(Anmerkung des W.B.: An hiesigen zuständigen Stellen ist von einem solchen Angebot nichts bekannt.)

Kommunisierte Hotels.

W.B. Budapest, 30. März. (Drhtb.) Der revolutionäre regierende Rat wird sämtliche Hotels kommunizieren. Ueber die Zimmer in den Hotels wird die Wohnungskommission verfügen.

Belagerungszustand über Giume.

W.B. Giume, 30. März. (Drhtb.) Das südbulgarische Pressebüro meldet: Der Kommandeur der alliierten Flotte hat über Giume den Belagerungszustand verhängt.

Sababurgs Ende?

Wien, 29. März. Der Verfassungsausschuß erledigte das Gesetz der österreichischen Nationalversammlung betreffend die Landesverweisung und Uebernahme des Vermögens des Hauses Sababurg-Lothringen. § 2 erhielt folgende Fassung:

Im Interesse der Sicherheit der Republik werden der ehemalige Träger der Krone und die sonstigen Mitglieder des Hauses Sababurg-Lothringen diese, sofern sie nicht auf ihre Mitgliedschaft zu diesem Hause und auf alle aus ihr folgenden Herrschaftsansprüche ausdrücklich verzichten, und sich nicht als getreue Staatsbürger der Republik bekannt haben, des Landes verwiesen. Die Festsetzung, ob diese Erklärung als ausreichend zu erkennen sei, steht der Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Hauptauschuß der Nationalversammlung zu.

Der Vorsteher.

W.B. Paris, 30. März. (Drhtb.) Navas. Die Minister des Auswärtigen der Großmächte werden erst am Dienstag wieder zusammentreten. Der Generalsekretär der Konferenz Bataila begab sich nach Versailles, um Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Präliminarfriedens zu treffen.

Der Mord an Jaures bleibt ungeklärt.

W.B. Paris, 29. März. Reuter. Der Mord an Jaures, wie nach der bisherigen Verschleppung des Prozesses zu erwarten war, von seinen Auftraggebern, der französischen Regierung, der gerechten Strafe entzogen worden. Der „Attentäter“ auf Clemenceau wurde bekanntlich zum Tode verurteilt. Es lebe die Gerechtigkeit!

Die gepanzerte Faust in Ägypten.

W.B. Kairo, 28. März. Reuter. Der Oberbefehlshaber berief heute eine Versammlung führender ägyptischer Notabeln ein. Er erklärte dieser Versammlung, er habe bisher lediglich defensive Maßnahmen getroffen, es sei jedoch seine Pflicht, die Ordnung wiederherzustellen, und da er erkannt habe, daß dies durch die bisherigen Maßnahmen nicht erreicht werden könne, stehe er der Notwendigkeit gegenüber, zu wirksameren Unterdrückungsmaßnahmen zu greifen. Diese würden notwendigerweise furchtbare Leiden für die Bevölkerung und große Verluste an öffentlichem und privatem Eigentum bringen, denen auch viele Unschuldige zum Opfer fallen würden.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Hof. Hobach, für das Feuilleton: H. Lemming, für den Kellner und Angehörigen: Franz Hegen, sämtlich in Bocholt.

Bekanntmachung

betreffend Einreichung von Wahlvorschlügen für die Neuwahl von drei Kreisabgeordneten für den Wahlbezirk der Amtsverbände Niedern und Werth. Auf Grund der Verordnung, betreffend die Zusammenfassung der Kreistage und einige weiterer Änderungen der Kreisordnungen vom 18. Februar 1919 ist der Termin für die Neuwahlen zum Kreistage für den Wahlbezirk der Amtsverbände Niedern und Werth auf:

Sonntag, den 27. April ds. Js. von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 8 Uhr

festgesetzt. Die zu wählenden Abgeordneten sind im Wege der allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahl nach den Grundgesetzen der Verhältnismäßigkeit zu wählen. Jeder Wähler hat eine Stimme; wahlberechtigt sind alle im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben. Zu wählen ist nach den Wahlverfahren für die preussischen Landtagswahlen.

Von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen ist:

1. Wer entmündigt oder unter vorläufiger Vormundschaft steht.
 2. Wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.
- Die Amtsverbände Niedern und Werth bilden für die Wahlen einen Wahlbezirk. Für die Amtsverbände Niedern und Werth sind drei Kreistagsverordnete zu wählen. Wählbar zum Mitglied des Kreistages ist im Wahlbezirk der Amtsverbände jeder wahlberechtigte Einwohner einer kreisangehörigen Landgemeinde. Dabei ist stets mindestens ein sechs Monate langer Wohnsitz im Kreise erforderlich.

Die Wahlberechtigten werden hierdurch aufgefordert, die Wahlvorschlügen an den unterzeichneten Wahlkommissar spätestens 10 Tage vor dem Wahltage zur Prüfung und Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschlügen einzureichen. Verpätet eingereichte Wahlvorschlügen finden keine Berücksichtigung. Die Wahlvorschlügen müssen von mindestens 15 im Wahlbezirk zur Ausübung des Wahlrechts berechtigten Personen unterzeichnet sein. Gleichzeitig mit den Wahlvorschlügen sind Bescheinigungen der Gemeindebehörden vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wahlerliste aufgenommen sind. Die Wahlvorschlügen dürfen nicht mehr als drei Namen enthalten. In den Wahlvorschlügen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder ihr Beruf, sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel entsteht.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Annahme in den Wahlvorschlügen anzuschließen. Im Amtsbezirk darf der Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Mehrere Wahlvorschlügen können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betr. Wahlvorschlügen oder ihrer Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens 7 Tage vor dem Wahltage bei dem Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

Verbundene Wahlvorschlügen können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorschlügen gelten den anderen Wahlvorschlügen gegenüber als ein Wahlvorschlügen.

Jeder Wahlvorschlügen darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlügen angehören.

Zu jedem Wahlvorschlügen soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar zur Rücknahme des Wahlvorschlügen, sowie zur Abgabe und Rücknahme der Verbindungs- und Unterschriften benachrichtigt ist. In derselben Weise soll ein Stellvertreter des Vertrauensmanns bezeichnet werden. Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmanns, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Bocholt, den 28. März 1919.

Der Wahlkommissar: L. a. n. d.

